Gemeindeblatt der Jüdischen Gemeinde Duisburg

Amtliches Organ der Gemeinde

Verlagsort Kassel

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Sally Kaufmann, Kassel, Hohentorstraße 9

Inseraten-Annahme Norbert Bachmann, Duisburg Universitätsstraße 18

3. Jahrgang | Duisburg, den 1. November 1930 | Nr. 17

Britische Palästinapolitik.

„Die ohne vorherige Befragung der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Belgiens, Italiens und unserer eigenen Dominions abgegebene Erklärung der Englischen Regierung über ihre künftige Palästinapolitik bedeutet den Widerruf eines großen Teiles jenes feierlichen Versprechens, ein jüdisches Nationalheim in Palästina errichten zu helfen, das in einem feierlichen Augenblick gegeben wurde. Dieser Widerruf wird zur Folge haben, daß auf der ganzen Welt von einem „perfiden Albion“ gesprochen werden wird.“

Lloyd George.

In den letzten Tagen brachen schicksalsschwere Entscheidungen für den Zionismus herein. Bekanntlich hat Prof. Weizmann seine Demission gegeben, die ihren Grund in den von der englischen Regierung publizierten Maßnahmen hatte. Die wesentlichsten Punkte der Regierungsvorlage betreffen das Verbot des Bodenkaufes zugunsten des jüdischen Nationalfonds, das Verbot jüdischer Einwanderung in Palästina, Schaffung eines Parlaments mit arabischer Majorität und schließlich die Beseitigung der Jewish Agency. Durch diese Maßnahmen hat sich die jetzige Regierung in krassen Widerspruch zu ihren Mandatspflichten begeben und Proteste der Judenheit der ganzen Welt hervorgerufen.

Am 2. November waren es 13 Jahre, daß die von Lord Balfour geschaffene Deklaration, in Palästina eine Heimstätte für das jüdische Volk zu schaffen, erlassen worden ist. Diese sogenannte „Balfour-Deklaration“ wurde auf der Konferenz von San Remo bestätigt und in den mit der Türkei in Lausanne abgeschlossenen Friedensvertrag ausdrücklich aufgenommen. Die englischen Politiker, die sich ganz hervorragend um das Inkrafttreten dieser Deklaration bemühten, waren Lloyd George, Robert Cecil und General Smuts (Südafrika). Von besonderem Interesse ist es, daß bei Beginn der Aufbauarbeit in Palästina die Bestrebungen Englands als Mandatsmacht von seinen drei politischen Parteien, den Konservativen, Liberalen und Arbeitern, einhellig unterstützt wurden. Es ist auch bezeichnend, daß unter den ersten Oberkommissaren Englands in Palästina, Sir Herbert Samuel und Lord Plumer, streng darauf gesehen wurde, daß die Bestimmungen der Balfour-Deklaration strikt eingehalten und beachtet wurden. Diese Zustände änderten sich, als von der Arbeiterregierung als High-Commissionar Lord Chancellor nach Palästina entsandt wurde. Dieser Mann gab sich wohl den Anschein, als ob auch er die Deklaration respektiere, tat aber alles, um sie zu hintertreiben.

Welch gewaltige Arbeit ist bisher von den Juden geleistet worden! Nicht weniger als 40 Millionen Pfund Sterling wurden durch die Juden in Palästina investiert. Versumpfte Gegenden wurden trocken gelegt und der Wirtschaft zugeführt, Städte und Kolonien wurden neugegründet und in alten Städten durch die Anlage moderner Wohnbauten und Errichtung zeitgemäßer Geschäftsviertel wertvolle Aufbauarbeit geleistet. In einem Lande, in welchem Industrie unbekannt war, entstanden Fabriken. Heute gibt es in Palästina chemische Industrien, Mühlen, Zementwerke, Textil- und Lederfabriken. Dieser wirtschaftliche Aufschwung hat bewirkt, daß Palästina das einzige Land der Welt ist, das seine Kriegsschulden, soweit sie den auf die alte Türkei bezüglichen Teil betreffen, bezahlen konnte.

Charakteristisch ist, daß es unter den Juden keine Arbeitslosigkeit gibt. Arbeitslosigkeit herrscht nur unter den Arabern, und zwar zum größten Teil deshalb, weil die auf niedriger Kulturstufe stehenden Fellachen für qualifizierte Arbeit unbrauchbar sind. Ein weiteres Problem ist die Agrarfrage. Die Regierung verbietet den Bodenverkauf an die Juden und beruft sich darauf, daß bei der extensiven Wirtschaft der Araber ein Bodenverkauf nicht zulässig sei. Dadurch wird künstlich die Intensivierung der landwirtschaftlichen Kultur vereitelt. Eine der Hauptanklagen gegen die Arbeiterregierung aber bildet die Auslegung der Einwanderungsfrage. Bisher überschritt die jüdische Einwanderung nie die Grenzen des Notwendigen; nun soll sie ganz gesperrt werden.

Die Fehler, die von der Arbeiterregierung gemacht wurden, sind viel weittragender, als man annehmen kann. England hat in Palästina keine Kolonie, obwohl es das Land, wie die letzten Ereignisse zeigen, so behandelt, als ob es eine wäre. England hat ein ihm vom Völkerbund übertragenes Mandat, über das es in Genf Rechenschaft geben muß. Die Mandatskommission des Völkerbundes hat auch die jüdischen Beschwerden für berechtigt erachtet. Der Vorsitzende dieser Kommission, der bekannte Genfer Professor Rappard, hat sich an Ort und Stelle von den Mißgriffen der Regierung überzeugt. Die Entscheidung unter seinem Vorsitz, die gegen England ausfiel, hat die Arbeiterregierung begreiflicherweise verstimmt. England dachte, seinen Mohammedanern in Indien und Aegypten einen Köder hinzuwerfen, indem es die Araber in Palästina protegierte. Diese Politik war die denkbar unglücklichste, da durch sie weder die Kolonialfrage Englands im Orient gelöst wird, noch der Durchführung des Mandats, der Schaffung einer jüdischen Heimstätte in Palästina, Rechnung getragen wird.

Die Demission Weizmanns, die Proteste Lord Melchetts (Sir Alfred Mond) und Warburgs (Amerika) sind ein Beweis, daß die Arbeiterregierung dieser großen politischen Weltfrage ohne Verständnis gegenübersteht. Wie es heißt, werden die Konservativen, denen sich die Liberalen anschließen dürften, dieser Politik ihre Mißbilligung aussprechen. Es bleibt abzuwarten, ob ein neues Regime die alte richtige Auslegung der Balfour-Deklaration durchsetzen und durchführen wird.

Weizmanns Manifest an das jüdische Volk.

London, 22. Oktober. (JTA.) Anläßlich seines Rücktritts von der Leitung der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency hat Prof. Ch. Weizmann nachstehendes Manifest an das jüdische Volk erlassen:

„Der Inhalt des von der englischen Regierung veröffentlichten Statements über ihre künftige Politik in Palästina hat mich veranlaßt, mein Amt als Präsident der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency niederzulegen. Von diesem Entschluß habe ich der Regierung Mitteilung gemacht.

Dieser Schritt, zu dem ich mich gezwungen gesehen habe, nachdem ich 12 Jahre hindurch an der Spitze der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency gestanden habe, ist an und für sich schon die Kennzeichnung des Standpunktes, den ich gegenüber der Regierungserklärung einnehme: Er bedeutet meinen schärfsten Protest gegen eine einseitige und ungerechte Kritik an unserer Arbeit und meine Weigerung, eine Politik zu akzeptieren, die in direktem Widerspruch zu den feierlichen Versprechungen der britischen Nation und dem Wortlaut des Mandats steht.

In dem Augenblick, da ich die Führung der Bewegung niederlege, fühle ich mich dazu gedrängt, ein Wort an das jüdische Volk zu richten, an die ungezählten Legionen derer, die sich in unerschütterlicher Treue zu Zion bekennen. Eine ernste Prüfung steht uns bevor, eine Periode des Kampfes gegen neue Widerstände und Hindernisse. Aber diese Widerstände richten sich gegen ein Volk, das Feindschaft gewohnt und entschlossen ist, Hindernisse zu überwinden, gegen eine Nation, die es gelernt hat, fremder Unterstützung zu entraten und nur seiner eigenen Kraft zu vertrauen. Was anderes war die Arbeit für den Aufbau eines jüdischen Nationalheims als ein neues Kapitel in dem ununterbrochenen Kampf, den das jüdische Volk Jahrtausende hindurch mit ungezählten Opfern für seine Zukunft und seine Unsterblichkeit geführt hat? Und wenn wir unser Werk in Palästina überblicken, sollen wir dann nicht Stolz empfinden darüber, daß wir aus eigener Kraft dort eine blühende landwirtschaftliche Kultur geschaffen, daß wir durch eigene Arbeit eine Industrie aufgebaut haben, und daß unsere Universität auf dem Skopusberg der Ausdruck unseres eigenen Geistes ist?

Ich appelliere an die schöpferische Kraft unseres Volkes, an seinen Glauben an sich selbst und seine hohe Bestimmung, ich hege diesen Glauben selbst zutiefst in meiner Seele. Dem Jischuw rufe ich zu: Haltet fest an der ruhigen Entschlossenheit eures Willens und baut weiter! Wir werden unsere Arbeit unverzagt und ohne Falsch fortführen. Den Freunden Zions auf der ganzen Welt rufe ich zu: Schließet die Reihen! Leget in Wort und Tat durch verstärkte Tatkraft und verdoppelte Leistung Zeugnis dafür ab, daß ihr der Arbeit für das Jüdische Nationalheim ergeben seid! Beweiset der Welt, daß Erez Israel unser ist! Wir werden weiterhin unerschrocken zu Erez Israel stehen und ihm unsere Liebe und Hingabe weihen."

Der Eindruck des englischen Weißbuchs in Völkerbundskreisen.

Genf. (JTA.) Der Inhalt des englischen Weißbuchs über die künftige Palästina-Politik hat in Völkerbundskreisen allgemein größtes Erstaunen hervorgerufen. Man hatte erwartet, daß die englische Regierung auf Grund der Konklusionen der Mandatskommission, die von dem Vertreter Englands im Völkerbundsrat rückhaltlos akzeptiert worden waren, in ihrer künftigen Politik eine harmonische Uereinstimmung der beiden aus dem Mandat sich ergebenden Verpflichtungen anstreben werde. Eine so einseitige Interpretation des Mandats zugunsten der Araber, wie sie in der englischen Regierungserklärung erfolgte, war in Völkerbundskreisen nicht im entferntesten erwartet worden.

Eine Erklärung Churchills gegen das neue Weißbuch.

London. (JTA.) Der frühere Kolonialminister Mr. Winston Churchill, während dessen Amtsführung das erste englische Weißbuch über Palästina im Jahre 1922 erschien, hat eine Erklärung veröffentlicht, in der er sich dem von Baldwin, Chamberlain und Amery erhobenen Protest gegen die englische Regierungserklärung über die künftige Palästina-Politik vollinhaltlich anschließt.

LloydGeorge, Baldwin, Chamberlain und Amery protestieren

London. (JTA.) In den „Times" wird ein Protestbrief, gezeichnet von den konservativen Führern, dem früheren Ministerpräsidenten Baldwin, dem früheren Minister des Aeußern Chamberlain und dem früheren Kolonienminister L. S. Amery, veröffentlicht.

Sir Herbert Samuel schließt sich dem Proteste gegen die Macdonald-Regierung an.

Er führte u. a. aus: Ich trage einen großen Teil der Verantwortung für das Weißbuch der Regierung vom Jahre 1922. Das neue Weißbuch erklärt zwar, die Grundsätze des früheren zu übernehmen, jetzt aber ihrer Anwendung ein Ende. Zweifellos wird über diese ganze Frage bald eine Debatte im Parlament stattfinden, und ich möchte eine genaue Darlegung meines Standpunktes bis zu diesem Zeitpunkt verschieben. Doch wünsche ich schon heute, meinem rückhaltlosen Anschluß an die Proteste Lloyd Georges, Baldwins, Sir Austen Chamberlains, Amerys, Churchills und General Smuts' gegen eine Politik, die zur Einstellung der mit so großem Erfolge geführten hingebungsvollen Arbeit in Palästina führen müßte, Ausdruck zu verleihen.

Der Protest Baron Edmond Rothschilds.

Baron Edmond de Rothschild hat nach der Londoner „Times" an Dr. Weizmann anläßlich dessen Demission das folgende Schreiben gerichtet:

Lieber Herr Weizmann! Als Ehrenpräsident der Jewish Agency und als Begründer der ersten jüdischen Kolonien in Palästina schließe ich mich voll und ganz dem Protest an, den Sie gegen die britische Regierungserklärung über ihre Palästinapolitik erhoben haben. Die in dieser Erklärung niedergelegten Grundsätze widersprechen sowohl dem Geiste wie auch dem Wortlaut des Palästinamandats, das auf der Deklaration beruht, die Lord Balfour als Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten im Namen seiner Regierung erlassen hat. Die Juden der ganzen Welt sind in einem Zustande der Konsternation, und ich fühle mich von ihrer Bedrängnis mitbetroffen. Hat man aber eine so vornehme große Sache zu verteidigen, wie die unsrige, dann ist man berechtigt, Vertrauen in eine bessere Zukunft zu haben.

Lord Reading kritisiert im Oberhaus scharf das neue Palästina-Weißbuch.

London. (JTA.) Der ehemalige Vizekönig von Indien, Marquis of Reading, sprach am 28. Oktober als Führer der liberalen Partei im Oberhaus in der Debatte über die Thronrede.

Wird sich die Mandatskommission mit der Frage einer Revision des Palästinamandates befassen?

Frankfurt a. M. (JTA.) Die „Frankfurter Zeitung" glaubt, daß die Mandatskommission des Völkerbundes sich erst in der Frühjahrssession mit der Palästinafrage befassen und, wenn es einmal soweit ist, zum Ausdruck bringen wird, daß die britische Palästina-Politik mit den Richtlinien des Mandats ohne Zweifel nicht übereinstimmt.

Die zionistische Antwort.

Unter dieser Parole beriefen die ZVfD. und die Berliner Zionistische Vereinigung für den 30. Oktober in die Berliner Stadthalle als Kundgebung anläßlich der Erklärung der englischen Regierung zur Palästinapolitik eine Versammlung ein. Tausende Juden folgten dem Rufe. Die Stadthalle war dermaßen überfüllt, daß Tausende von Einlaßbegehrenden abgewiesen werden mußten. Ein Teil der draußen Harrenden formierte sich zu Gruppen und versammelte sich in einer Parallel-Kundgebung in Haberlands Festsälen. Als Redner traten Vertreter aller zionistischen Parteien auf. Besonders auffallend waren der Andrang und das brennende Interesse der Jugend. Den Vorsitz führte Kurt Blumenfeld.

Rabbi Kook appelliert an das Gottvertrauen des jüdischen Volkes.

Jerusalem. (JTA.) Oberrabbiner Kook hat eine Botschaft an das jüdische Volk gerichtet, in der die Juden ermahnt werden, Ruhe zu bewahren und ihr heiliges Werk nicht im Stiche zu lassen, wenn sie auch durch den Verrat der Mandatsmacht tief getroffen seien. Kein fremdes Volk, sondern nur die Hand des Gottes Israels, dessen Wort allein dauernde Geltung habe, werde die Juden bei der Wiederbesiedlung des Heiligen Landes stützen.

Die Reichsexekutive der britischen Arbeiterpartei wird bei Macdonald Vorstellungen gegen das neue Palästina-Weißbuch erheben.

London. (JTA.) Die Reichsexekutive der britischen Arbeiterpartei befaßte sich — wie die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt — in einer am 28. Oktober abgehaltenen Sitzung mit der Lage in Palästina im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des neuen Weißbuchs und beschloß, in dieser Sache beim Ministerpräsidenten Ramsay Macdonald vorstellig zu werden.

Protest der Agudath Jisrael gegen die Regierungserklärung.

Jerusalem. (JTA.) Die Agudath Jisrael hat eine Erklärung veröffentlicht, in der sie ihrer tiefen Trauer über das englische Weißbuch Ausdruck gibt, das eine Beleidigung der Judenheit darstelle. Die politische Kommission der Weltorganisation Agudath Jisrael wird aufgefordert, zu den letzten Ereignissen in Palästina Stellung zu nehmen.

Der Widerhall der britischen Regierungserklärung in Amerika.

Neuyork. (JTA.) Die Veröffentlichung des Simpson-Berichtes und der englischen Regierungserklärung über ihre künftige Palästina-Politik hat einen Sturm der Entrüstung innerhalb der amerikanischen Judenheit hervorgerufen. Ueberall hört man Aeußerungen wie „England hat das jüdische Volk verraten".

Der indische Nationalkongreß für den Zionismus.

Neuyork. (JTA.) Der Präsident des Indischen Nationalkongresses, Salendra Bhose, der sich augenblicklich in den Vereinigten Staaten aufhält, hat am 24. Oktober im Auftrage der Exekutive des Indischen Nationalkongresses eine Vortragstournee angetreten, die ihn in alle amerikanischen Städte mit größerer jüdischer Einwohnerzahl führen wird. Salendra Bhose wird den Juden Amerikas eine Botschaft des Indischen Nationalkongresses überbringen, in der sich dieser mit dem Zionismus solidarisch erklärt und ihm seine volle Unterstützung in der gegenwärtigen Krise anbietet.

Hauptvorstandssitzung des Central-Vereins

Ueberprüfung und Verbesserung der Arbeitsmethoden.
Gegen jüdische Wahlen.

Berlin. (JTA.) Am letzten Sonntag fand in Berlin die Hauptvorstandssitzung des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens statt, zu der die Mitglieder des Hauptvorstandes aus Berlin, und aus allen Teilen des Reiches in großer Zahl erschienen waren. Ueber den Verlauf der Sitzung wird uns mitgeteilt:

Jeder hatte das Herz voll, jeder wollte wissen, wie es am Rhein und an der Elbe, wie es in Ostpreußen und wie es in Schlesien nach den Wahlen aussieht. Allgemein wurde anerkannt, daß der Central-Verein in den vergangenen Monaten sein Bestes getan hat. Der Central-Verein hat niemals vorgegeben, er könne den Nationalsozialismus überwinden, sondern er hat stets erklärt, daß die Arbeit Sache der politischen Parteien sei, die die Gefahr der nationalsozialistischen Hochflut verspätet erkannt und allzu optimistisch eingeschätzt hatten.

In den Referaten, die Rechtsanwalt Dr. Kehr (Kaiserslautern), Landtagsabgeordneter Justizrat Falk (Köln) und Dr. Alfred Wiener, Syndikus des C.-V., hielten, trat klar zutage, daß es auch in Zukunft nicht Aufgabe des Central-Vereins sein könne, den Nationalsozialismus als politische Gesamterscheinung zu bekämpfen, daß er sich vielmehr im wesentlichen nur mit den judengegnerischen Anschauungen und Ausschreitungen dieser Parteien, wie mit dem völkischen Gedanken überhaupt, abwehrend und aufklärend auseinanderzusetzen habe.

Das zweite wichtige Gebiet, zu dem der Hauptvorstand Stellung zu nehmen hatte, war

die Frage der jüdischen Wahlen.

Rechtsanwalt Heinrich Stern (Berlin) und Rechtsanwalt Kurt Alexander (Krefeld) gaben ein Bild der Lage im Hinblick auf die Ende November stattfindenden jüdischen Wahlen. Heinrich Stern wies besonders auf die richtunggebenden Verhältnisse in der Berliner Gemeinde hin. Dr. Alexander beschäftigte sich mit den Verhältnissen in ganz Preußen. Beide Redner äußerten, von der Versammlung einmütig und lebhaft unterstützt, den dringenden Wunsch, jüdische Wahlen in der Gegenwart **unbedingt zu vermeiden**. Die deutsche Sorge sei so groß, daß innerjüdische Fragen im Augenblick zurückzutreten hätten. Der Hauptvorstand faßte **einstimmig** einen dahingehenden Beschluß.

Die politische Lage.

Der Abstimmungserfolg der Regierung Brüning im Deutschen Reichstage hat in der Oeffentlichkeit, besonders in der jüdischen, beruhigend gewirkt. Die kommenden Wochen werden zu erweisen haben, ob diese Beruhigung begründet ist. Soweit die Juden in Frage kommen, scheint die parlamentarische Niederlage der Nationalsozialisten keine Gewähr zu geben, daß Hitler und seine Freunde ernüchtert bleiben werden. Vielmehr steht zu befürchten, daß die Nationalsozialisten ihre Tätigkeit in stärkerem Maße auf die Straße tragen werden, da sie die im Reichstag erlittene Blamage vor ihren Wählern durch stärkste agitatorische Ausschreitungen wettmachen müssen. Diese Agitation wird sich naturgemäß in erster Linie gegen die Juden richten, weil dies in der Richtung des geringsten Widerstandes liegt und den Instinkten des nationalsozialistischen Trosses am meisten entspricht. Die Fensterzertrümmerung am 13. Oktober ist von der nationalsozialistischen Parteileitung als nicht gewollt und nicht arrangiert bezeichnet worden. Das geschah, weil sie damals noch nicht die Hoffnung aufgegeben hatte, im Reichstag einen Teil ihrer Pläne zu verwirklichen. Die C.-V.-Zeitung erblickte in diesem Abrücken eine gewisse politische Beruhigung. (Von der Berliner Polizeidirektion wurde jedoch festgestellt, daß die Aktion in der Leipziger Straße doch von den Nationalsozialisten vorbereitet war.) Im Reichstag haben die Nationalsozialisten, besonders von Zentrumsseite und von dem Vertreter der Bayrischen Volkspartei, manches zu hören bekommen. Doch sind weder die Nazis noch ihre Wähler vernünftigen Argumenten zugänglich. Das „Acht Uhr Abendblatt" behauptet, daß die Nationalsozialisten von Wilhelm II. mit großen Geldmitteln unterstützt worden seien. Ob das zutrifft, läßt sich nicht sagen. Wahrscheinlich ist es schon

Die Wandlungen des Hochmeisters Mahraun nach dem Zerfall der Staatspartei sind nicht ohne Pikanterie. Dabei möchten wir nicht mißverstanden werden, wenn wir von „Wandlungen" sprechen. Mahraun hat sich nicht gewandelt, er ist immer der gleiche geblieben. Er drückt sich jetzt nur anders aus, und zwischen seinen auf das Judentum bezüglichen Erklärungen und denen eines programmatischen Antisemiten kann man nur sehr geringe Unterschiede feststellen. Nicht ohne Komik ist Mahrauns Weisung an seine Getreuen, daß die von der Staatspartei aufgenommenen Wahlschulden die volksnationale Vereinigung (also die sechs abgesplitterten Jungdo-Abgeordneten) nichts angehen. Diese Weisung an seine Anhänger schließt er mit „treudeutschem Gruß". Es ist also auch bei den Jungdeutschen treudeutsch, sich die Wahlkosten für sechs Reichstagsabgeordnete von der Demokratischen Partei bevorschussen zu lassen und hinterher zu sagen, diese Schulden gehen mich nichts an.

Aufruf!

Der Vorstand des Allgemeinen Rabbiner-Verbandes in Deutschland verschickt nachstehenden Aufruf:

Die jüngsten politischen Geschehnisse machen mehr als je den inneren Frieden im deutschen Judentum notwendig. Die schwere wirtschaftliche Notlage verbietet es zudem, Mittel für Wahlkämpfe zu verausgaben anstatt zu neuem Aufbau. Daher richten wir an alle Juden in Deutschland die dringliche Aufforderung, bei den bevorstehenden Wahlen zu den Landesverbänden und den Gemeindevertretungen Wahlkämpfe zu vermeiden, Zwiespalt nicht zu verschärfen und nach Möglichkeit den Kampf durch einen Wahlkompromiß auszuschalten.

Das neue Wahrzeichen Berlins ein Werk Erich Mendelsohns.

Berlin. (JTA.) Das von dem berühmten Architekten Erich Mendelsohn in der Alten Jacobstraße zu Berlin erbaute Verwaltungshaus des Deutschen Metallarbeiterverbandes erregt wegen seiner Monumentalität und Originalität in Fachkreisen und im Publikum Aufsehen. Die Presse widmet dem Bau viel Aufmerksamkeit und nennt ihn ein neues Wahrzeichen Berlins. Im „Berliner Tageblatt" schreibt Adolph Donath u. a.:

„Die architektonische Wirkung des Hauses ist außerordentlich. Es ist ein langgestrecktes, fünfgeschossiges Gebäude mit einem siebengeschossigen Turmbau an der Stirnseite . . . Man betritt die Vorhalle. Wer nicht weiß, daß Erich Mendelsohn der Erbauer ist, erkennt an der Eigenart des Raumes sofort die Hand des Meisters. Man hat in diesem stahlskelettierten, eisenbetonierten Gebäude, dessen Kosten mit 2½ Millionen Mark veranschlagt waren — und diese Summe wurde nicht überschritten —, unstreitig das Gefühl, als wäre alles wie selbstverständlich geplant, zweckgemäß bearbeitet und zweckmäßig gelöst. Einzigartig sind die langgestreckten hellen Korridore, so wie überhaupt das Licht einen der Hauptvorzüge des Hauses darstellt. Die geniale Konstruktion des Bauwerks läßt sich übrigens von der Druckerei des Hauses, deren Fenster nach dem Hof gehen, genau studieren. Zwischen den Kuben mit den schneeweißen Wandbändern, welche die Fensterreihen abstecken, schwingt der halb metallene, halb gläserne hohe Kegel auf, in dessen Mitte sich die Treppe emporwindet.

Berlin hat mit diesem Bauwerk Erich Mendelsohns wahrhaftig ein neues, originelles Wahrzeichen erhalten."

Aus der Gemeinde.

Die Zeiten des Gottesdienstes.

	Abend	Morgen	Nachmittag	Abend
7./8. Novbr.	5.00 Uhr	9.00 Uhr	3 Uhr Jugendgottesd.	5.39 Uhr
14./15. Novbr.	4.30 Uhr	9.00 Uhr	—	5.30 Uhr
21./22. Novbr.	4.30 Uhr	9.00 Uhr	3 Uhr Jugendgottesd.	5.21 Uhr

Familien-Nachrichten.

Bochum. Goldene Hochzeit: Simon Samson und Frau, Minna, geb. Rosenblatt, am 2. November, Kortumstraße 15 (früher Nörde bei Warburg).

Jahrzeit (am Vorabend des angegebenen Tages beginnend):

2. November: Jos. Nachmann, Mülheimer Straße 50.
6. November: Ernst Meyer, Güntherstraße 12.
8. November: Geschw. Neumark, Fuldastraße 14.
9. November: Jul. Strauß, Mülheimer Straße 168.
13. November: Gebr. Kolski, Kuhlenwall 43.
15. November: Gebr. Kann, Neudorfer Straße 23.
22. November: A. Philipps, Steinsche Gasse 30.
28. November: Gebr. Löwenthal, Siegstraße 11.
29. November: Kleinmann, Steinsche Gasse.

Wer Jahrzeit hat, pflege den schönen alten Brauch, sich im Gedenken an seine Lieben durch Spenden an unsere Gemeindevereine sozial zu betätigen.

Gemeindevertretung. Am 9. Oktober fand eine geheime Sitzung statt.

Bepflanzungsvorschriften für das Feld A I des Friedhofes an der Düsseldorfer Chaussee (Israeliten-Feld). Die Erbgräber sind durchlaufend mit Teukrium einzufassen. Formbäumchen dürfen nicht verwendet werden. Auf Erb- und Reihengräbern dürfen mehrjährige Pflanzen nur in Sorten verwendet werden, die ausgewachsen eine Höhe von einem Meter nicht überschreiten. Größer werdende Gehölze dürfen nur durch die Verwaltung gepflanzt werden. Der Oberbürgermeister. Dienststelle 35.

In dem 12. Wahlkreis des preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden (Rheinland, außer Köln) kam ein Kompromiß zustande. Die Mandatszahl betrug dieses Mal elf statt zehn. Im Jahre 1925 erlangten die Liberalen sieben Mandate, die jüdische Volkspartei zwei, die Konservativen ein Mandat. Jetzt erhalten die Liberalen wieder sieben, die jüdische Volkspartei zwei, die Konservativen einen und die Poale Zion auch ein Mandat. Wie 1925 nahmen die Liberalen wieder beide Ratssitze in Anspruch, gewähren aber, im Gegensatz zu 1925, der jüdischen Volkspartei einen, den Konservativen ebenfalls einen Stellvertretersitz.

Gemeindebibliothek. Die Gemeindebibliothek ist nunmehr eröffnet worden. Sie befindet sich im Gemeindezimmer, Junkernstraße 2. Die Benutzung ist unentgeltlich. Die erste Bücherausgabe findet Samstag, den 8. November, im Gemeindezimmer, Junkernstraße 2, von 8 bis 9 Uhr abends statt.

Im Jüdischen Frauenbund sprach am 27. Oktober 1930 R.-A. Simon über „Die Aufgaben einer Jüdischen Gemeinde". Der Referent ging auf das Judengesetz von 1847 und seine Geschichte ein. Er berührte hierbei besonders die Fragen des Frauen- und Ausländerwahlrechts. Im Judengesetz werden als Hauptaufgaben Kultus, Schulwesen und Begräbnisplätze erwähnt. Die sonstigen Aufgaben werden nicht spezialisiert. Es sei selbstverständlich, daß die Gemeinde eine Körperschaft sein müsse, die für alle jüdischen Interessen einzutreten habe. Das zeige schon die Entstehungsgeschichte der jüdischen Gemeinde. Als wichtige Aufgabenkreise nannte er das Gebiet des Kultus, der Erziehung, die Arbeit für die jüdische Jugend. Bei der Wohlfahrtsarbeit sei die Mitarbeit der Frauen zu begrüßen. Bei der Jugendarbeit sei vor allem zu bedenken, daß man die Jugend von innen heraus nur erfassen kann, wenn man vor ihr ein lebendiges Ideal des Judentums aufrichtet. Daher gibt es keine Aufgabe, die irgendwelche jüdischen Werte schafft, die etwa nicht zum Aufgabenkreis der jüdischen Gemeinde gehöre. Darum sei auch die Anteilnahme der Gemeinden nowendig an der Errichtung einer normalen jüdischen Heimstätte in Palästina. Wir treten dabei nicht für eine Partei ein, sondern für die jüdische Zukunft überhaupt. Wir sehen in diesem Aufbau jüdischer Zukunft die einzige Möglichkeit, durch ein begeisterndes Ideal unsere Jugend zu erfassen und über die Stürme der Gegenwart hinweg in eine gesicherte und hoffentlich glücklichere Zukunft zu retten. In der Diskussion wurden Fragen besonders nach der Lex Lasker, der Abwehrarbeit und dem Reichsverband gestellt. Der Referent antwortete in seinem Schlußwort, daß die Abwehrarbeit von der Gemeinde zu leisten sei, da diese 6 als rechtliche Körperschaft hierzu in viel stärkerem Maße auch der Oeffentlichkeit und Behörden gegenüber geeignet sei, als die einzelnen privaten Vereine. In Duisburg habe man schon seit Jahren die Arbeit so durchgeführt. Um diese Abwehrarbeit zu zentralisieren, sei die Gründung des Reichsverbandes nötig, gegen den sich bisher die Judenschaften der einzelnen Länder aus partikularistischen Gründen gewehrt haben. Bedauerlich sei es, daß, wie stets, wenn gewisse Kreise und Persönlichkeiten einen Vortragsabend veranstalten, sich allmählich die Boykottierung einer gewissen Richtung herausbildet. Dieses sei ein ernstes Wort, das er zu sagen habe, denn wo sollen die Träger der künftigen Arbeit der jüdischen Zukunft herkommen, wenn sich die bisherigen Träger der Arbeit nicht um die einzelnen Richtungen und ihre Aufgaben kümmern. Nicht solche seien zur Arbeit berufen, die sich nur bei Wahlen betätigen und in die Gemeindevertretung gelangen wollen, um eine Rolle zu spielen, sondern solche, die die ganze schwere Bürde der Arbeit auch dann auf sich nehmen, wenn ihnen aus dieser Arbeit nichts als Kämpfe und Lasten erwachsen.

Im Jüdischen Jugendverein fand am 21. Oktober ein Heimabend statt, an dem zunächst Emil Frank über die am 12. Oktober in Mülheim stattgefundene Bezirkstagung des Jugendverbandes berichtete. Die Ausführungen wurden durch die zweite Delegierte Martha Sommer ergänzt. In Mülheim war angeregt worden, die Freitag-Abende in Verbindung mit einem Abendessen zu veranstalten, um so den ortsfremden jungen Leuten noch besser einen Ersatz für die fehlende Familie zu bieten. Der Vorstand wird die nötigen Schritte unternehmen, um festzustellen, ob auch in Duisburg die Freitag-Abende so ausgestaltet werden können. Es berichtete ferner Kurt Engelbert, Oberhausen, über soziale Hilfe im Verband. Der Referent schlug eine Abgabe zugunsten der in Not befindlichen stellenlosen Verbandsmitglieder vor. Diese Abgabe soll in Form eines regelmäßigen monatlichen Beitrages bestehen. An die Ausführungen schloß sich eine rege Aussprache. — Am 28. Oktober sprach Dr. Harry Conitzer über das jüdische Rasseproblem. Der Redner verstand es, dieses schwierige Problem kurz zusammenzufassen und den Hörern nahezubringen. Den Ausführungen folgte eine rege Aussprache. Zum Schluß wurde ein Ausschuß gebildet, der die Werbung neuer Mitglieder für den Jugendverein in tatkräftiger Weise durchführen soll.

Die Zionistische Vereinigung Duisburg eröffnete am 23. Oktober ihre Winterarbeit mit einem sehr gut besuchten öffentlichen Vortrag von Herrn Dr. Epstein über: „Die Aufgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände". Herr Dr. Epstein gab einen Ueberblick über das Wesen der Kehillah, die die Zusammenfassung aller Juden in all ihren Betätigungen sei. Er behandelte eingehend die Aufgaben der Gemeinde, die heute wie früher weit über die Sorge für den Kultus hinausgehen. Gerade die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung lege den modernen Gemeindevertretungen weiterreichende Verpflichtungen auf. Besonders behandelte er die soziale und Wohlfahrtsarbeit, Schule, Jugendarbeit, Berufsberatung, Schaffung von Jugendheimen. Keine Gemeinde dürfe sich verschließen dem lebendigen Strom, der von Erez Israel über die ganze Judenheit ausgeht und alle Juden miteinander verbindet. Die Gemeindeverbände müssen die Rechte der Judenheit wahren, das dürfe nicht privaten Vereinen überlassen werden, die innere jüdische Politik treiben. Gerade deshalb müsse dahin gearbeitet werden, daß die Landesverbände aufgehen in einem großen Reichsverband für das gesamte deutsche Judentum. R.-A. Simon ging in seiner Diskussionsrede auf die Besonderheiten der Duisburger Gemeindearbeit ein. Er gab einen Bericht dessen, was seit den letzten Gemeindewahlen geleistet sei und die Erfüllung des Möglichen darstelle. Die Schaffung der neuen Satzungen, die es ermöglichen, daß die Neuwahlen nach gerechten Grundsätzen durchgeführt werden, seien das Resultat seiner und seiner Freunde Arbeit. Rechtsanwalt Simon wies auf die trotz aller Widerstände geschaffene jüdische Schule hin. Man hoffe, in allernächster Zeit ein Jugendheim eröffnen zu können. Der Steuersatz sei von 24 auf 14 Prozent ermäßigt worden. Die Arbeit für die Gemeinde Duisburg sei eine schwere Bürde, die man gern abgaben würde in dem Augenblick, in dem man die Zuversicht haben könne, daß die Jüngeren sie nicht schlechter tun würden. Pflicht eines jeden sei es, mitzuhelfen an dieser Arbeit für ein lebendiges und zukunftssicheres Judentum. Für die Jugend sprach Herr Guttmann, der die Arbeit der Gemeinde, besonders auch auf dem Gebiet der Jugendfürsorge, begrüßt. Der jüdische Jugendbund wolle sich an der Schaffung eines Jugendheims beteiligen. Er bedauert, daß das jüdische Arbeitsamt, das, wie Fräulein Löwe ausführte, 1919 von den Vertretern des Einheitsblockes eingerichtet und gegen ihren Willen aufgegeben wurde, eingegangen sei. Herr Brodinger betont, daß nur solche Gemeindevertreter gewählt werden dürften, die den Ostjuden gegenüber volle Gerechtigkeit walten lassen. Lehrer Frank führt aus, daß er all das unterschreiben könne, was die beiden Redner über die Arbeit der Gemeinde gesagt hätten. Herr Dr. Epstein betont in seinem Schlußwort, daß jede Arbeit, die man getan habe, immer nach eingehender Prüfung vorgenommen worden sei, und daß die Männer, die die Arbeit geleistet hätten, sich der ganzen Verantwortung dieser Arbeit bewußt waren. Er wünscht, daß häufiger Gelegenheit gegeben würde, sich in Gemeindeversammlungen auszusprechen. Die Gemeinde Duisburg habe große Fortschritte gemacht. Die Arbeit sei nach ihren Ergebnissen zu beurteilen.

Hebräische Sprachschule. Am 13. November beginnt ein Anfängerkursus für Hebräisch, abends 8.15 Uhr im Gemeindehaus, Junkernstraße 2. Der Kursus findet zweimal wöchentlich statt (Montag und Mittwoch). Anmeldungen sind zu richten an das Komitee für hebräische Kurse, zu Händen von Herrn Edmund Levy, Marienstraße 33.

Bar Kochba. Am 16. Oktober sprach Turnbruder Huterer, Essen, auf einem Heimabend des Bar Kochba über jüdische Kultur, mit besonderer Berücksichtigung der Verbindung von Kultur und Sport. Er zeigte an Hand einer kurzen historischen Entwicklung der Makkabibewegung, wie weit man in Turn- und Sportvereinen in der Entwicklung eines Kulturlebens kommen kann. Im Anschluß an seine Ausführungen wurde eine Novelle von Perez vorgelesen, sowie gemeinsam hebräische Lieder gesungen. Einige Turnerinnen führten als Begleitung zu den Niggunim rhythmische Gymnastik vor. — Jeden Dienstag abend, ab 7.15 Uhr, findet in der Turnhalle Stapeltor ein Gymnastikkurs für Frauen und Mädchen statt unter Leitung von Fräulein Specht, für Männer und Knaben Geräteturnen und Freiübungen.

Israelitischer Frauen-Verein Duisburg. An Reisesteuern gingen weiter ein: Herr und Frau Dr. Epstein 20 M., Herr und Frau Max Loewe 20 M., Frau Siegm. Levi 10 M., Frau Moritz Meyer 10 M., Frau Rosenberg 10 M., Frau Tillinger 10 M., Fräulein Voß 3 M., Frau Dora Stern 10 M. Wir machen darauf aufmerksam, daß unsere Nähnachmittage wieder regelmäßig Montags von 3.30 bis 6 Uhr stattfinden. Lebensmittel-Pfundspenden werden nach wie vor angenommen.

Uriel da Costa. Habimah, die hebräische Theatertruppe, führte am 31. Oktober im Düsseldorfer Schauspielhaus einmalig „Uriel da Costa" auf, in sieben Bildern frei bearbeitet nach dem Gutzkowschen Trauerspiel. Eine Reihe deutscher Bühnen hat die mit Habimah abgeschlossenen Verträge aus Furcht vor antisemitischen Krawallen rückgängig gemacht, natürlich nicht die immer furchtlose Direktion Dumont-Lindemann. Die Vorstellungen wurden übrigens nirgends gestört, und Habimah rang sogar der judenfeindlichen Presse Respekt ab, wie ja die jüdische Leistung immer eine wirksame Art der Bekämpfung des Judenhasses ist. Die Aufführung war schlecht besucht. Habimahs Unheil ist der Mangel an geeigneten Bühnenwerken, und es tut immer in der Seele weh, solchen Reichtum sich an solcher Armut verschwenden zu sehen, wie es bei diesem flachen Schmarren geschah. Die Künstler fühlten sich in dieser Dürftigkeit fremd, und ihre Kunst gelangte zur vollen Entfaltung nur in den Massenszenen, in denen sie in ihrem Element waren. Ueberwältigend war wieder die Leistung der großen Rowina, die ihre leuchtende Schönheit über die Rolle der Judith ergoß. Doch bei dieser Bühne gibt es kein Starsystem, und man sollte nicht den oder jenen Schauspieler erwähnen. Von Düsseldorf begab sich Habimah nach Antwerpen.

Aus den Nachbargemeinden.

Versammlung zur Gründung einer jüdischen Genossenschaftsbank in Essen. Vor zirka anderthalb Jahren ist bei der Exekutive des Verbandes ostjüdischer Organisationen in Rheinland-Westfalen der Gedanke entstanden, um für die schon damals auch auf den jüdischen Mittel- und Kleinexistenzen schwer lastende Wirtschaftsnot Abhilfe zu suchen durch Schaffung von Kreditmöglichkeiten nach Art der bereits in Berlin bestehenden Volksbank Iwria. So wurde am Sonntag, den 12. Oktober 1930, im Hotel Königshof in Essen die erste Gründungsversammlung abgehalten; als Referent wurde Herr Direktor Georg Kareski, Präsident der jüdischen Gemeinde Berlin und Vorsitzender des Aufsichtsrates der Volksbank Iwria, Berlin, gewonnen. Im Namen des vorbereitenden Komitees eröffnete Herr Dr. Büschel, Essen, die von etwa 130 Anwesenden besuchte Versammlung. — Der Referent, Herr Direktor Kareski, führte aus, daß der Gedanke des jüdischen Genossenschaftswesens, der im Osten, wo große Massen von Juden unter schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen lebten, schon lange eine große Rolle spielte, in Deutschland neu sei. Im Osten sei das jüdische Genossenschaftswesen nicht nur für die Juden, sondern auch für die Wirtschaft des betreffenden Landes von großer Bedeutung geworden. In Deutschland habe man bis vor kurzem für derartiges kein Bedürfnis gehabt. Der Krieg und die Nachkriegszeit brachten eine grundlegende Aenderung. Der Mittelstand ist verarmt. Die wirtschaftliche Entwicklung drang nach Konzentration auf Kosten der kleinen und mittleren Betriebe. Der Zwischenhandel, das Vermittlergewerbe, vielfach auch der Großhandel wurden dadurch überflüssig und brachen zusammen. Die eigenartige Berufsschichtung der Juden ließ sie unter dieser Entwicklung mehr leiden, als andere Bevölkerungsschichten. Dazu kam für sie die Erschwerung des Berufslebens durch den Antisemitismus. In der Industrie wurden sie allmählich ganz ausgeschaltet (z. B. in den Chemischen Werken), ähnlich ging es in den Großbanken. Selbst in jüdischen Betrieben wurden vielfach jüdische Angestellte nur bis zu einer bestimmten Prozentzahl aufgenommen, weil man auf die Kundschaft Rücksicht nehmen zu müssen glaubte. Auch die studierten Berufe, wie Anwälte und Aerzte, bekamen den stillen, manchmal auch unverhüllten Boykott zu spüren. Man kann deshalb von einer besonderen wirtschaftlichen Not der Juden sprechen. Dabei dürfen wir nicht stille stehen. Es gilt, dem schwer ringenden Juden in seinem Wirtschaftskampfe zu helfen, eine Aufgabe, wichtiger als manche Wohlfahrt. Wer noch nicht die Bedrohung in sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehung erkannt hat, dem mußte der 14. September die Augen öffnen. Ueberall sieht man die Kapitalflucht, das Bestreben nach Realisierung von Werten à tout prix. Das muß sich auch in den Gemeinden auswirken und bildet Gegenstand schwerer Sorge aller verantwortungsbewußten Gemeindeführer und Mitglieder. Was kann geschehen, um wenigstens einen Teil der Schäden abzuwehren? Der Referent sieht drei Dinge, die unbedingt getan werden müssen: 1. Kampf um jeden jüdischen Arbeitsplatz. Die Arbeitsvermittlung ist eine der vornehmsten Aufgaben der Gemeinden, weil es um ihre Existenz geht. 2. Berufsumschichtung, Bekämpfung der einseitigen Berufswahl der Juden. Eingehende Berufsberatung. 3. Das, worüber heute vornehmlich zu sprechen ist: Stützung der bedrohten kleineren und mittleren Existenzen. Dafür muß ein Instrument geschaffen werden. In Berlin, die Stadt mit rund 200 000 Juden, hat man bald gemerkt, daß die mit der Konzentration zunehmende Bürokratisierung der Banken den kleinen jüdischen Existenzen unzuträglich sei. Den Großbanken lag nichts an den kleinen Geschäften, die kleineren Konten wurden einfach abgestoßen, den kleinen Existenzen rücksichtslos der Kredit abgeschnitten. Deshalb entstand der Gedanke der jüdischen Genossenschaftsbank. Bald entstanden zwei solcher Institute in Berlin. Die eine, von der der Referent besonders sprach, die „Iwria", wurde vor drei Jahren gegründet. Man ging mit Zweifel ans Werk, die Optimisten haben aber recht behalten. Die Iwria fing mit einem Kapital von 38 000 Mark ganz klein und sparsam an. Heute hat die Iwria 350 Genossen, ihr Umsatz betrug im letzten Jahre 36½ Millionen Mark, ein Beweis, welche Möglichkeiten bestehen. Nach Ansicht des Referenten würden in Deutschland 20—40 solcher Banken lebensfähig sein. Solch ein Werk bedeutet wirklich praktische Gegenwartsarbeit, die jüdischen Menschen den Lebenskampf erleichtern, Existenz ermöglichen könne. Reicher Beifall lohnte den Referenten. Herr Dr. Silbert von der Volksbank Iwria, Berlin, ergänzte sehr trefflich die Ausführungen des Vorredners. Er wies aus praktischen Erfahrungen auf die Wichtigkeit und erfolgreiche Arbeit der kreditgenossenschaftlichen Bewegung hin. In der Aussprache, an denen die Herren Dr. Samuel (Essen), Brodinger (Duisburg), Rechtsanwalt Dr. Gottschalk (Essen), Flörsheim (Dortmund), Rechtsanwalt Dr. Meyersberg (Bochum), Kod (Essen) und Feldmann (Bochum) teilgenommen haben, wurde die Wichtigkeit obiger Angelegenheit unterstrichen, teilweise um praktische Angaben gebeten. Alsdann wurde ein erweitertes Komitee gebildet, mit der Aufgabe, die Kreditgenossenschaft schnellstens ins Leben zu rufen. Eine Reihe anwesender Interessenten haben sich sofort als Genossen einzeichnen lassen; weitere Anwerbungen sind dem vorbereitenden Komitee zur Aufgabe gemacht worden. Es bleibt Aufgabe der jüdischen Oeffentlichkeit, dies eminent wichtige Werk mit allen Kräften zu unterstützen.
A. Feldmann.

Jüdischer Jugendverein. Am Sonntag, den 12. Oktober, fand in Mülheim die diesjährige Delegiertentagung des Rheinisch-Westfälischen Landesverbandes der jüdischen Jugendvereine statt. Die Tagung war von ca. 80 Delegierten und vielen Gästen besucht. Nach den Begrüßungsworten des Vorsitzenden des gastgebenden Vereins und des Vertreters der Synagogengemeinde sprach der zweite Vorsitzende des Verbandes, Erich Altmann-Wanne, über „Die Aufgaben des Verbandes". Er ging zunächst

auf den Kampf gegen den Nationalsozialismus ein und betonte dabei, daß man nicht nur den Gegner, sondern auch sich selbst kennen lernen müsse (Jüd. Geschichte). Der Redner sprach dann noch über die Durchführung der „Sozialen Nothilfe“ und über den dritten Punkt des Verbandsprogramms „Arbeit für den überparteilichen Palästina-Aufbau“. Gerade hierbei dürfe man nicht diskutieren, sondern man müsse dafür arbeiten. Das zweite Referat hielt Artur Herrmanns-Düsseldorf über die „Methodik der Arbeit“. Am Nachmittag fand eine lebhafte Diskussion statt, bei der man zweierlei heraushörte: 1. Unsere jüdische Jugendnot ist auch die Not der anderen Jugend. 2. Politisierung der jüdischen Jugend ist notwendig. Zum Schluß der Tagung fand die Wahl des neuen Vorstandes statt. Rabbiner Dr. Wilhelm-Dortmund wurde anstelle des durch seinen Weggang aus Essen ausscheidenden Dr. Julius Herzfeld zum ersten Vorsitzenden des Landesverbandes gewählt. Die Verbandsleitung ehrte die Verdienste des scheidenden Vorsitzenden unseres Landesverbandes durch Aufnahme Dr. Herzfelds in den Beirat des Reichsverbandes.

H. L.

Dortmund. (Gemeindeversammlung.) Der Vorstand und die Repräsentanten der Synagogengemeinde hatten die Mitglieder der Gemeinde für vorigen Samstag abend zu einer großen Gemeindeversammlung in den Festsaal des Goethelyzeums eingeladen. Diese Versammlung soll eine engere Verbundenheit zwischen der Gemeinde und ihren gesamten Organen herstellen, und den Gemeindemitgliedern die Möglichkeit geben, in einer Aussprache Wünsche und Anregungen an die Körperschaften der Gemeinde gelangen zu lassen. Die Tagesordnung wies folgende Punkte auf: „Lage, Aufgaben und Ziele unserer Gemeinde.“ Dann folgte ein Referat von Rabbiner Dr. Appel über einen einzurichtenden zweiten Freitagabend-Gottesdienst. Von Freitag, den 17. Oktober, an findet regelmäßig ein zweiter Gottesdienst um 19½ Uhr statt, um allen Gemeindemitgliedern die Teilnahme zu ermöglichen. Rabbiner Dr. Wilhelm sprach über das neue Einheitsgebetbuch, das nach den Feiertagen eingeführt werden soll. Alle Referate wurden mit großem Interesse aufgenommen. Dann schloß sich eine lebhafte Aussprache an.

Herne. (Oeffentliche Kundgebung gegen die Judenhetze.) In einer machtvollen Kundgebung des Reichsbanners sprach u. a. von der Freitreppe des Rathauses auf dem öffentlichen Marktplatz Herr Rabbiner Dr. Neuhaus-Mülheim (Ruhr) für die vereinigten Weimarer Koalitionsparteien. Es war ein denkwürdiger Augenblick, als der Redner unter dem Beifall der tausendköpfigen Menge darauf hinwies, daß es nicht angehe, für das Unglück der Wirtschaftskrise die Juden als den Schuldigen hinzustellen und ihn wieder einmal zum Prügelknaben des Weltgeschehens zu machen.

Oberhausen (Rhld.) (Repräsentantenwahl.) Am Sonntag fand hier die Nachwahl zur Repräsentantenversammlung für die turnusmäßig ausscheidenden vier Mitglieder und sechs Stellvertreter statt. Bei einer außerordentlich starken Wahlbeteiligung — von 160 Wahlberechtigten übten 144 ihr Wahlrecht aus — wurden gewählt: Zu Repräsentanten die Herren Mechlowitz, Fuchs, Dr. Asch und E. Jacob, zu Stellvertretern die Herren die Herren B. Horowitz, E. Fischbein, M. Marx, E. Philips, H. Oppenheimer und B. Weinberg.

Trier. (Der Oberrabbiner beim Reichspräsidenten.) Mit der Geistlichkeit in Vertretung der Konfessionen wurde auch Herr Oberabbiner Dr. Altmann empfangen, der auch zur Festtafel geladen war. Es ist bemerkenswert, daß seitens der Stadtverwaltung für das Gedeck des Oberrabbiners eine Speisenfolge, bestehend aus Früchten usw., ganz nach seinen Wünschen und Angaben besorgt wurde. Am Samstag vorher fand in der Synagoge zu Trier eine überaus eindrucksvolle Gedenkfeier anläßlich der Wiedersehensfestlichkeiten der ehemaligen Mitglieder des Trierer Hausregiments Nr. 69 statt.

Köln. (Bedeutsame Rede Georg Bernhards bei der Eröffnung des Jüdischen Lehrhauses.) Anfangs des Monats begann das Jüdische Lehrhaus seine diesjährigen Kurse. Der Redner des Abends war Professor Georg Bernhard. Er sprach über das Thema: „Die Juden in der Politik und Presse.“ Von dem Ergebnis der jüngsten Reichstagswahlen ausgehend, hält auch Professor Bernhard daran fest, daß die Nationalsozialisten ihren Zuwachs an Mandaten nicht etwa der Werbekraft ihres Programms, sondern vor allem der Unzufriedenheit eines großen Teiles des deutschen Volkes mit der wirtschaftlichen Lage zu danken haben.

Zionisten!

Das schöpferische Werk des jüdischen Volkes in Palästina, unser Stolz und unsere Hoffnung, hat durch das neue Weißbuch der Regierung einen schweren Schlag erlitten. Eine tiefe Kluft scheidet dieses Dokument von der historischen Balfour=Deklaration, der magna charta des Jüdischen Nationalheimes, der heiligen, durch den Völkerbund bekräftigten Verpflichtung Englands. Das jüdische Volk und die Rechtdenkenden anderer Nationen erblicken in dem neuen Dokument einen Versuch der Regierung, die Balfour=Deklaration ihres Inhalts zu entkleiden. Eine Erregung und Erbitterung erfüllt die Herzen von Millionen unseres Volkes so tief und leidenschaftlich, daß wieder taghell sichtbar wird, was das Jüdische Nationalheim für das jüdische Volk bedeutet.

In diese Unruhe und Entrüstung rufen wir: Steht fest und tut Eure Pflicht, die Arbeit geht weiter! Wir werden es nicht geschehen lassen, daß die historische Größe der internationalen Verpflichtung Englands durch einseitige Kommissions=Berichte und engherzige Deutungen entwürdigt und entwertet wird. Wir werden mit einer durch nichts zu erschütternden Energie und Entschlossenheit den uns aufgezwungenen Kampf für unser Recht weiterführen. In diesem Kampfe gibt es keinen Unterschied zwischen sogenannten Extremen und Gemäßigten. Der Rücktritt des Präsidenten Dr. Weizmann war der erste, würdige Ausdruck unseres Protestes. Wir sind überzeugt, daß die vom gegenwärtigen Kolonialamt erlassene Interpretation des Mandates nicht der Willensausdruck des englischen Volkes ist. Nicht gegen dieses ist daher unser Kampf gerichtet. Wir haben den Glauben an den Gerechtigkeitssinn des britischen Volkes und der anderen Signatarmächte des Mandates nicht verloren. Schon jetzt haben führende Männer der englischen Politik erklärt, daß die Interpretation des Weißbuches in direktem Widerspruch stehe zu den Aufträgen des Völkerbundes und dem Geist der Balfour=Deklaration.

Aber nicht auf andere, wie wertvoll auch immer ihre Hilfe ist, auf uns selbst in erster Linie kommt es an in unserer Arbeit. Die Entschlossenheit des Volkes, die starke Organisation, deren Grund vor Jahrzehnten auf dem I. Zionistenkongreß gelegt worden ist, hat die Welt auf die Stimme des jüdischen Volkes hören lassen. Diese Organisation stark und schlagkräftig zu erhalten, ist jetzt nach den neuesten Angriffen auf uns notwendiger denn je. Macht sie stärker, mächtiger! Jeder werbe neue Genossen! Der Kongreß, den wir zusammenrufen, muß machtvoll den ungebrochenen Willen des verstreuten, aber in seiner Treue zu Zion geeinten Volkes zeigen. Hunderttausende von neuen Zionisten müssen ihre Delegierten zu dieser Tagung entsenden.

Tut Eure Pflicht gegenüber Eurer Organisation! Unbeirrt durch politische Konjunkturen geht unser Werk in Erez=Israel vorwärts. Die Tore seiner Nationalen Heimstätte können dem jüdischen Volke nicht verschlossen werden. Keine Unterbrechung in der Vorbereitung der Menschen, die das Wachstum des jüdischen Gemeinwesens brauchen wird. Gedenket der Pflichten, die Ihr gegenüber unserem Vorposten im Lande habt, dem Jischuw, der uns ein Vorbild der Unerschütterlichkeit und Treue ist. Fremde, die die Größe unserer Idee nicht kennen, mögen Euch vorwerfen, daß Ihr zuviel getan habt, Ihr selbst aber müßt fühlen, daß es zu wenig war. Fremde mögen sagen, daß kein Kulturboden mehr im Lande vorhanden ist; wir wissen, daß jüdische Hände imstande sind, bisher unfruchtbares Gelände in Kulturboden umzuschaffen. Wir weisen die Verunglimpfung unseres Siedlungswerkes in dem Weißbuch zurück, die nur geeignet ist, die Beziehungen zwischen uns und den Arabern zu trüben. Unser Werk der Vermählung von Volk und Land durch Arbeit ist niemandem zum Schaden, dem jüdischen Volke zum Heile.

Gedenket Eures Keren Kajemeth, der den Grund schafft, auf dem unsere Siedler drüben stehen. Gedenket des Keren Hajessod, der diesen Boden urbar macht und besiedelt, jüdische Dörfer und Städte baut, unser Schul= und Gesundheitswerk erhält und den befruchtenden Strom der Einwanderung leitet.

Glück und Unglück mögen wechseln, Recht aber ist unzerstörbar. Wir kämpfen für das Recht!

Juden, wo Ihr seid, in allen Teilen der Welt, in welcher Arbeit Ihr Eure Tage verbringt, welche Sorgen Euch drücken, gedenket: Eure erste Sorge gelte Eurem Volke, Eurem Lande, dem großen Werk des Aufbaus Erez=Israels!

Die Exekutive der Zionistischen Organisation

Fisch - Spezialgeschäft

Königstraße Nr. 94
neben Café Gerling

Täglich frische See-Fische

Räucherwaren - Marinaden - Konserven

FISCH-JÜRGENS

DUISBURG Telephon: Saarstraße 31069

Kohlenhandelsgesellschaft

Carl Reuter & Co.

Duisburg
Fernsprecher Süd 471 und 48

Kohlen
Koks
Briketts

Büro und Lager:
Schwanentor 3



August Schmitz

Aeltestes Duisburger
Glas-, Gebäude- und Parkett-
reinigungs-Institut

Duisburg Düsseldorfer Straße 124
Fernsprecher Süd 715

Wir suchen

für unsere Heimabende

2 große, durchgehende Räume

Angebote an Herrn **Emil Frank,** Scharnhorststr. 25

Jüdischer Jugendbund Duisburg

Ausschneiden!

Einzig existierende Methode

„Schmerzlos"

Ohne Messer, ohne Elektrizität
Auch ohne Aetzen.

Kein Stahlinstrument mehr nötig b. Entfernung **v. Hühneraugen, Leichdörnern und Schwielen.**
Viele Danksagungen. Mein Verfahren ist mit keinem anderen zu vergleichen.
Behandlung auch in den Abendstunden und Sonntags vormittags von 10–12 Uhr

Max Engelmann, Duisburg
Heerstraße 301, Ecke Johanniterstraße
Nähe Grunewald.

Central-Drogerie E. Hofius
Nachf. Hermann Ohm, Duisburg
Friedrich Wilhelmsplatz, Ecke Kasinostr., Telefon 2689

Drogen, Chemikalien Weine Spirituosen
Mineralwasser, sämtliche Badeingredienzien

Feine Parfümerien erster Firmen usw.

Spezialgeschäft
für Obst und Südfrüchte

Siegmund Nierenstein

Untermauerstraße Nr. 80
Eingang Müllersgäßchen

Marktstand:

Montags, Donnerstag und
Samstag Burgplatz
Dienstag und Freitag Neudorfer Markt
Mittwoch Dallplatz

Salon Grotstollen

Dauerwellen
von **8.-** Mk. an

Frisieren v. Montags bis Freitags
75 Pfg.

Duisburg, Sonnenwall Nr. 50

Schreinerei
sämtliche ins Fach schlagende Ausführungen

Möbelbeizerei
Auffrischen und Polieren

H. Rosen
Universitätsstraße 23
Eingang durchs Tor

Bitte ausschneiden!

Laufmaschen
an Seiden-Strümpfen, werden unsichtbar, schnell u. billig beseitigt
Reparatur von **25** Pfg. an
Abholung und Zustellung am selben Tage

Lina Weissbard
Parlamentstraße Nr. 135

Inserieren bringt Gewinn

Hadassah כשר Matana

diese **führenden** koscheren Pflanzenbutter-Margarine-Marken sind in ihrer **bewährten, unübertroffenen Qualität** in allen einschlägigen Geschäften **wieder stets frisch zu haben**

Alleinige Fabrikanten:
Westdeutsche Nahrungsmittel-Werke
m. b. H.
DUISBURG a. Rh.

Verlag: S. Kaufmann, Kassel, Hohentorstr. 9. Druck: Volksblatt G. m. b. H. Kassel